

„Ich habe keine Zeit für AfDler auf Podien. Und ich glaube auch, dass die Kirche dafür keine Zeit hat“



Interview zum Umgang mit Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Im Gespräch ordnet der evangelische Pfarrer Lukas Pellio die Wahlerfolge der AfD in der Lausitz ein. Dabei diagnostiziert er eine rechte Normalität und – in Anlehnung an den Soziologen Steffen Mau – eine Veränderungsmüdigkeit der ostdeutschen Bevölkerung. Darüber hinaus geht er den Fragen nach, welche politische Kommunikation im Umgang mit der AfD angewandt werden könnte, ob AfD-Politiker:innen an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen der Kirchen teilnehmen sollten und welches Potenzial von Kirchengemeinden ausgehen könnte, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stiften und der rechten Normalität etwas entgegenzusetzen.



Lukas Pellio

© Foto: Margarete Blumenthal

Amosinternational: Bei der thüringischen Landtagswahl im September 2024 wurde die AfD mit knapp 33 Prozent der Stimmen Wahlsiegerin. In Sachsen wurde sie zeitgleich zweitstärkste parteipolitische Kraft hinter der CDU. Bei der Landtagswahl in Brandenburg ebenfalls, knapp hinter der SPD. Im Landkreis Spree-Neiße, den Sie gut kennen, wurde die AfD mit über zehn Prozentpunkten Vorsprung stärkste Kraft. Fast 40 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf die AfD. Wie lassen sich die Wahlerfolge dieser Partei in Ostdeutschland erklären?

Lukas Pellio: Es ist leichter damit anzufangen, womit sie sich nicht erklären lassen: nämlich nicht mit rationalen Entscheidungen. Auf der Ebene rationaler Entscheidungen versuchen gemeinhin diejenigen zu argumentieren, die sich gegen die AfD und ihre Inhalte positionieren. Dabei wird zum Beispiel thematisiert, warum sich die

Wähler:innen der AfD eigentlich ins eigene Fleisch schneiden. Man hört Aussagen, dass die Stimme für die AfD doch nicht im aufgeklärten Eigeninteresse dieser oder jener Wählerin liegen könne und so weiter.

Aber das geht offensichtlich nicht auf.

Genau, die Erklärung, die man suchen muss, liegt eher auf einer emotionalen Ebene, die stark politisiert wird. Die Sprache der AfD zielt auf Gefühle. Sie bedient eine unbändige Wut, die man vielleicht auch Zerstörungswut nennen kann. Man will die Gesellschaft, mit der man sich nicht identifizieren kann, die man nicht als die eigene Gesellschaft erlebt, brennen sehen.

Haben Sie Beispiele dafür?

An den Transformationen in der Lausitz und an den Reaktionen darauf

kann man das gut festmachen. Steffen Mau hat in diesem Kontext von „Veränderungerschöpfung“ gesprochen, die in Wut umschlagen kann. Die Lausitz ist eine Transformationsregion – mit Kohleausstieg, mit Abwanderung und anderen sozialen Zumutungen und Zukunftsängsten. Menschen fühlen sich überrollt von einer Entwicklung, der man scheinbar schutzlos ausgeliefert ist. Die Leute fühlen sich erschöpft, immer wieder neu auf anstehende Veränderungen reagieren zu müssen.

Die Veränderungen erschöpfen die Menschen aber nicht in gleicher Weise. Steffen Mau drückt aus, dass diejenigen, die über Ressourcen verfügen, die zum Beispiel mehrere Fremdsprachen sprechen, die Globalisierung sowie andere Veränderungen und gesellschaftliche Anpassungen begrüßen. Schließlich können damit weitere Möglichkeiten sozialer Distinktion und



sozialer Reputation verbunden sein. Diejenigen dagegen, die nicht über derartige Ressourcen verfügen, sind weit mehr von der „Veränderungerschöpfung“ und der Angst erfasst, die eigene soziale Position einzubüßen und in prekäre Verhältnisse abzurutschen.

Diese tatsächliche Ungleichheit in den Voraussetzungen, die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, ist nicht zu vernachlässigen. Daneben schürt die AfD ganz gezielt das Gefühl der „Veränderungerschöpfung“ und die Wut, etwa mit Rückgriff auf die letzte große Transformation, das Ende der DDR. Die AfD befindet sich in einem Modus, ständig Versuchsballons zu starten, um auszutesten, was die größte emotionale Reaktion bei den Leuten auslöst. Dieses Feld bespielt sie dann weiter. Ein schlagendes Beispiel dafür findet sich am Anfang der COVID-19-Pandemie. In den ersten Monaten der Pandemie hat die AfD extrem starke Einschränkungen gefordert. Sie forderte, das öffentliche Leben runterzufahren. Nach den ersten durchgreifenden staatlichen Maßnahmen und dem ersten Corona-Lockdown, die Unmut erzeugten, hat sie eine entgegengesetzte Welle produziert.

Aber zur durchaus nachvollziehbaren Wahrnehmung eines Teils der Lausitzer Bevölkerung als Opfer der Transformationen gesellt sich noch ein weiterer Part, ohne den die Wahlerfolge nicht erklärt werden können. Die Wahlergebnisse sind nämlich auch Ausdruck von jahrzehntelangen gefestigten rechtsextremen Einstellungen, die bereits in der DDR nicht aufgearbeitet wurden. Man kann Kontinuitätslinien vom ersten Faschismus in Deutschland bis in die Gegenwart ziehen. Wenn man nur auf die letzten 35 Jahre blickt, so galt die Lausitz immer als Hochburg der extremen Rechten. Wer heute hier vor Ort in der AfD den Ton angibt, hat in den 90er-Jahren die Baseballschlägerjahre mitverantworten.

Für die Region, in der Sie pastorale Arbeit leisten, ist es also gar nicht zielführend, von rechter Normalisierung zu sprechen. Vielmehr haben wir es mit einer jahrzehntelangen rechten Normalität zu tun.

Es gibt immer wieder rhetorische Einlassungen im Feuilleton, die behaupten, die Baseballschlägerjahre seien wieder zurück. Dann kommt prompt die Leserantwort, die besagt, die Baseballschlägerjahre seien nie ganz verschwunden. Es stimmt, dass sich die Formen ändern, in denen sich diese rechte Normalität zeigt; eine rechte Normalität war aber immer kennzeichnend für die Region. Ich erinnere mich an einen Gemeindeabend mit engagierten älteren und jüngeren Menschen gegen rechte Gewalt. Ältere Aktive erzählten von den 90er- und Nullerjahren, wie sie verfolgt und eingeschüchtert wurden, wie Bilder von engagierten Leuten in der Stadt aufgehängt wurden, verbunden mit der Aufforderung: „Spuck auf Demokraten“. Trotz dieser gruseligen Geschichten aus den 90ern waren sich aber alle darin einig, dass es heute weniger Rückzugsorte als vor 30 Jahren gibt. Denn die extreme Rechte habe sich überall breitgemacht, in jedem Verein, und vergifte dort die Atmosphäre.

Anders als früher gibt es also weniger Safe Spaces für Engagierte gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt in der Lausitz – so die Aussage?

Ja, das war die Aussage. Und diese Aussage adressiert uns auch als Kirche. Ich würde sagen, dass wir als Kirche die Aufgabe haben, daran zu arbeiten, mit unseren Räumen, mit unseren gewaltfreien Mitteln solche Safe Spaces herzustellen, auch wenn es nicht immer gelingt. Dabei gibt es einen Grundwiderspruch oder – besser gesagt – eine Grundoption: Will ich für diejenigen einen Safe Space bieten, die sich gegen rechte Gewalt engagieren und eben oft auch selbst von rechter Gewalt betroffen sind – oder will ich

versuchen, in den Veranstaltungen im kirchlichen Kontext eine möglichst große Bandbreite an Positionen abzubilden, um vielleicht auch die Leute zurückzugewinnen, die mit der extremen Rechten sympathisieren? Da muss ich mich als kirchlich Verantwortlicher entscheiden. Leute, die sich gegen rechte Gewalt engagieren, fühlen sich



Wir als Kirche haben die Aufgabe, mit unseren Räumen Safe Spaces herzustellen, auch wenn es nicht immer gelingt

von Sympathisanten der extremen Rechten eingeschüchtert und bedroht. Sie können die Veranstaltung dann nicht mehr als Safe Space erleben.

Ich will gar nicht die Seite verteuflern, die die Leute mit unterschiedlichstem ideologischem Hintergrund zusammenbringen will. Das kann ein Ansatz sein, und er ist auch wichtig, aber dann sind die Veranstaltungen in kirchlichen Räumen einfach keine Safe Spaces mehr. Das ist wichtig zu beachten, wenn man sich die AfD ins Haus holt.

Seit 2019 werden der AfD auf Kirchentagen keine Podien mehr geboten. Es gibt Erklärungen beider Kirchen zur Unvereinbarkeit von Christentum und Rechtsextremismus. Sie erteilen dem völkischen Nationalismus der AfD eine klare Absage, wie etwa die Erklärung der DBK vom 22.02.2024 und die Erklärung der Bischöfe der VELKD vom 19.03.2024. Ist eine Strategie, die AfD-Vertretern keine Bühne bietet, zielführend?

Meine pastorale Haltung ist geprägt von einer Unterscheidung: Handelt es sich bei der Begegnung um ein seelsorgliches Gespräch oder um eine Debatte auf offener Bühne? Wenn man in der Lausitz tätig ist – aber inzwischen dürfte das auf weite Teile Deutschlands zutreffen –, begegnen einem im Alltag ständig Wähler:innen der AfD und Sympathisant:innen der extremen Rechten. Ich bin kein Eremit. Ich be-

gegne meinen Nachbarn, ich begegne Menschen, die an den Gottesdiensten teilnehmen, Menschen, deren Angehörige verstorben sind und die Trauergespräche wünschen. Das ist eine Normalität, mit der ich umgehe und die sicherlich dazu geführt hat, dass ich gewisse „Reinheitsvorstellungen“, die ich so hatte, über Bord geworfen habe.

Wenn ich in einem seelsorgerlichen Kontext bin, und das ist für mich in erster Linie ein Eins-zu-eins-Gespräch zwischen einer anderen Person und mir, ein Gespräch, das unter dem Siegel der Verschwiegenheit in einem vertraulichen Rahmen stattfindet und das keinen Öffentlichkeitsbezug hat, dann stellen sich zwei Fragen. Erstens die Frage nach meinen persönlichen Kapazitäten: Bin ich in der Lage, mit Person X ein gutes seelsorgliches Gespräch zu führen? Wenn nicht, dann muss ich die Person an eine Kollegin oder einen Kollegen verweisen. Zweitens die Frage nach meiner Sicherheit: Fühle ich mich sicher, dieses Gespräch zu führen? Diese Haltung habe ich in der Gefängnisseelsorge gelernt. Natürlich konnte ich da nicht picky sein und sagen: Nee, du hast jemanden umgebracht, mit dir rede ich nicht. Gleichzeitig ist völlig klar, dass ich in dem Gespräch signalisiere, dass ich bestimmte Taten und Äußerungen nicht gutheiße, und das kann ich auch sehr offensiv zum Ausdruck bringen. Am Anfang habe ich in Gesprächen mit Leuten, die für extrem rechte Positionen bekannt waren und diese auch mir gegenüber vertreten haben, eher versucht, mich selber zurückzunehmen. Aber irgendwann hält man das nicht mehr durch. Engagierter Widerspruch ist ein Ausdruck des Ernstnehmens des Gegenübers. Damit habe ich tatsächlich sehr gute Erfahrungen gemacht. Wenn ich selber engagiert Position beziehe und dagegenhalte, dann sind wir zumindest emotional beieinander, auch wenn wir inhaltlich nicht zusammenkommen.

Wie steht es mit öffentlichen Veranstaltungen der Kirchen und dem nicht unumstrittenen Ausschluss von AfD-Politiker:innen von Kirchentagen?

Wenn die extreme Rechte die ganze Zeit planmäßig rechtsextreme Positionen bezieht, um den Diskurs zu verschieben, und dann versucht wird, irgendeine Mitte zu finden, dann betreibe ich dieses Spiel am Ende mit. Ich muss mit einem eigenen inhaltlichen Entwurf dagegenhalten und auch mal eine dezidiert linke Position besetzen. Und ich darf diese nicht einfach aufgeben, weil ich denke, dass ich nur so im Diskurs bleiben kann.



Die extreme Rechte hat kein Interesse daran, Positionen der Mitte zu besetzen; wenn ihr öffentlich ein Podium geboten wird, verschiebt sie den Diskurs

Die extreme Rechte hat kein Interesse daran, Positionen der Mitte zu besetzen. Wenn ihr öffentlich ein Podium geboten wird, verschiebt sie den Diskurs. Drei Gründe sprechen meines Erachtens für einen Ausschluss: Erstens würde mit der Teilnahme an Podien eine weitere Normalisierung der AfD und ihrer rechtsextremen Positionen erfolgen – und das auch dann, wenn ihren Positionen vehement widersprochen wird. Vertreter der extremen Rechten könnten sich als legitime Gesprächspartner wahrnehmen und inszenieren. Zweitens reden AfD-Vertreter:innen zumeist nicht für das Plenum – das sehen wir auch an den Reden von AfD-Abgeordneten im Bundestag –, sondern für ihre TikTok-Videos. Die Verwertung dessen, was bei Podiumsdiskussionen stattfindet, liegt längst nicht mehr in der Hand der Veranstalter, sondern im Nachgang wird ein kleiner Ausschnitt aus dem Kontext gerissen und über Social Media verbreitet. Drittens – das ist vielleicht der wichtigste Punkt – stellt sich die

drängende Frage, wofür wir unsere Energie als Kirche einsetzen.

Lassen Sie uns diesen dritten Punkt vertiefen. Denken Sie hier an eine inhaltliche Priorisierung?

Ja, genau. Es gibt wirklich genug Themen, die wir besprechen können und müssen – innerhalb des demokratischen Spektrums. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Damit haben wir uns zu befassen. Wir müssen mit der Klimakatastrophe umgehen. Wir haben eine unglaublich große und sich verschärfende Kluft zwischen Arm und Reich. Wir haben einen krass zunehmenden Reichtum in den Händen weniger Personen – bei knappen Staatskassen. Themen, die viel mehr diskutiert werden müssten. Außerdem haben die Kirchen Kontakt zu Menschen, die von Rassismus oder von anderen Ausgrenzungsformen betroffen sind und die sich sehr freuen würden, wenn sie ein Podium hätten, auf dem sie gehört würden.

Für mich hier in der Lausitz habe ich beschlossen, dass ich meine Energie und meine Fähigkeiten den Menschen zur Verfügung stellen möchte, die sich dafür einsetzen wollen, dass wir gut zusammenleben, dass wir irgendwie vorankommen, dass wir Lösungen für Probleme finden. Und dann muss ich einfach sagen: Ich habe keine Zeit für AfDler auf Podien. Und ich glaube auch, dass die Kirche dafür keine Zeit hat.

Kirchlichen Kreisen verbundene, stramm rechte Theoretiker wie Patrick J. Deneen zählen zu den intellektuellen Wegbegleitern einer Politik Trumps und J. D. Vances. Aus diesem rechten Lager – teilweise aber auch von dezidiert linken Intellektuellen – wird Kritik an sogenannten woken, identitätspolitischen Positionen laut, die die Leute angeblich überfordert hätten. Wie stehen Sie zu dieser Kritik, die auch im deutschen Kontext – zum Beispiel nach den Landtagswahlen in den drei ostdeut-



schen Bundesländern – vorgebracht wurde?

Diesen Vorwurf aus einer linken Perspektive zu erheben, scheint mir mit einer Hybris der eigenen Rolle einherzugehen, also sich immer selbst dafür verantwortlich zu machen, dass die extreme Rechte solche Zugewinne verzeichnen kann. Ich glaube, dass dies den Einfluss, den man gerade als woke Linke hat, wenn man sich denn als Teil von ihr fühlen möchte, völlig überschätzt.

Die globalen Trends hin zu verschiedenen rechtsextremen Projekten, die in den letzten Jahren zu beobachten sind, sind dafür einfach zu groß. Sie lassen sich unter anderem auch mit dem digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit und dem Einfluss von Social Media im Leben vieler Menschen beschreiben.

Ich finde es trotzdem wichtig, dass sich linke Bewegungen kritisch befragen. Wenn man „woke“ als aufmerksam und achtsam gegenüber Unterdrückungsmechanismen definiert, kann man diesen Gedanken auch gegen Vertreter:innen woke Politik wenden, wenn sie ihre Aufmerksamkeit und Achtsamkeit sehr selektiv verteilen.

Und wie schaut es mit der Kritik von Patrick J. Deneen an der progressiven Linken aus (zuletzt abgedruckt im Cicero 12/2024)?

Dass die Rechte das woke Projekt der progressiven Linken aufspießt, liegt auf der Hand. Die Rechte inszeniert sich als Retterin der normalen Leute gegen ein „elitäres Umerziehungsprojekt“ – oder wie auch immer sie es etikettieren. Das führt zu dummen, kulturkämpferischen Dilemmata. Dass über woke Positionen geredet wird, als seien sie bloße Kopfgeburten, die nichts mit realen Lebensverhältnissen zu tun hätten, ist eine Folge der rechten Gegendiskurse. Beim Gendersternchen und beim Antirassismus geht es aber nicht um irgendwelche abgehobenen theoretischen Dinge, sondern dahinter stehen reale Dis-

kriminierungserfahrungen, die sich im Einkommen, im Lebensalltag, in der umwelt- und klimabedingten Belastung der Gesundheit von Menschen und so weiter widerspiegeln.

Ihre Überlegungen erinnern stark an Nancy Fraser, die Erkenntnisse der Intersektionalitätsforschung mit Kapitalismuskritik zusammendenkt.

Ja, es geht dabei um reale Ausbeutungs- und Enteignungsverhältnisse, die mit unserer kapitalistischen Ordnung zusammenhängen, und nicht nur um irgendwelche Sprachspiele. Darauf weist Nancy Fraser hin. Aber das kriegt man kaum transportiert, weil die Anti-Wokeness hegemonial geworden ist.

Die entscheidende Frage ist, was ich öffentlich transportieren kann. Ich bin ein Fan davon, Sachverhalte im politischen Diskurs zuzuspitzen – auch um auf dieses Wutgefühl einzugehen, das Leute berechtigterweise haben, das aber fehlgeleitet ist.

Die Leute kriegen mit, dass staatlich zu gewährleistende Infrastrukturen, auf die die Bürger:innen angewiesen sind, nicht angemessen funktionieren. Die Bahn ist nicht pünktlich. In Berlin werden gerade die Ausgaben für Kultur und Soziales zusammengestrichen. Und das in einem Land, in dem jede Menge Geld vorhanden ist. Es gibt finanzielle Gründe dafür, dass Infrastrukturen nicht funktionieren – bei exorbitantem und wachsendem Reichtum in privater Hand. Einen zentralen Widerspruch oder einen zentralen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen Reichtum und Armut in unseren politischen Debatten immer wieder auszuklammern, führt uns nicht weiter.

Sie haben Infrastrukturen angesprochen, deren Instandhaltung die Bürger:innen von ihrem Staat erwarten und die ein demokratisches Gemeinwesen stützen. Daneben halten die Kirchen „soziale Orte“ in der Fläche vor, trotz der finanziell angespannten

Situation einiger Landeskirchen und Diözesen. Wie schätzen Sie das Potenzial von Kirchengemeinden in der Lausitz ein, „soziale Orte“ zu sein, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stiften und der angesprochenen rechten Normalität etwas entgegenzusetzen?

Kirchengemeinden oder kirchliche Zusammenhänge haben in dieser Hinsicht auf jeden Fall ein Potenzial, trotz sinkender Kirchenmitgliedschaft. Aber es bringt auch nicht viel, von der Kirchenmitgliedschaft her zu denken. Wir verfügen über Räumlichkeiten, die für viele Leute ausgelegt sind. Diese können wir nutzen.

Ich erlebe, dass das Signal der Kirche, dass wir potenziell für das ganze Dorf, die ganze Stadt, die ganze Region da sein wollen, positiv aufgenommen wird. Die Herausforderung besteht darin, sich nicht einfach nur zu öffnen und zu sagen, wir wollen alle zusammenbringen. Denn das hat schon in anderen Zusammenhängen nicht funktioniert. Denken wir etwa an das Beispiel der akzeptierenden Jugendarbeit in den 90er Jahren. Damals hat man gesagt, man öffnet die Jugendclubs für alle und verzichtet auf einen politischen Anspruch. Das hat dazu geführt, dass die Lauten und Gewalttätigen die Oberhand gewonnen und die anderen verdrängt haben.

 Die Kirche hat einen Erfahrungsschatz, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen

Ich kann die Kirche aber auch öffnen unter einer Überschrift – zum Beispiel: „Wir leben hier ganz praktisch Nächstenliebe, Zusammenhalt, Vielfalt – und dazu sind alle eingeladen“. Ich muss die Überschrift nicht in einer hochpolitisierten Sprache verfassen, ich kann aber trotzdem sehr deutlich nach außen signalisieren: Die Menschen von der Geflüchtetenunterkunft sind hier ebenfalls eingeladen, und deswegen organisiere ich auch etwas,



das diese Menschen einbindet, sodass sie sich wohlfühlen können. Und ich hänge eine Regenbogenfahne auf, um zu zeigen: Hier sind auch queere Menschen willkommen. Das sind Akzente, die ich als Gastgeber setze. In diesem Rahmen, den Kirche aus guten Gründen setzt, sind alle willkommen.

Meine Erfahrung ist, dass das funktioniert, weil es eine Sehnsucht gibt, dass man zusammenkommt und dass ein Gemeinschaftsgefühl entsteht. Dies ist oft sehr diffus und kann auch, und das erleben wir, völkisch aufgeladen werden. Die Kirche hat einen Erfahrungsschatz, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen – unter einer gemeinsamen Überschrift oder auf einem gemeinsamen Fundament. Innerhalb von Kirche so zu tun, als wären wir ein homogener Haufen, ist Einbildung. Wenn Leute, die nicht christlich sozialisiert sind und Kirche auch nicht kennen, zu uns in die Gemeinde kommen, nehme ich oft wahr, dass diese Menschen bei uns im Kirchencafé sitzen und völlig geflasht davon sind, dass sich selbstverständlich eine obdachlose Person am Buffet bedient, dass Leute unterschiedlicher Generationen und sozialer Schichten zusammensitzen und irgendwie miteinander verbunden und im Gespräch sind. Das überschreitet ihre Alltagserfahrung. Das soziale Highlight, nach dem Gottesdienst gemeinsam Kaffee zu trinken und mit unterschiedlichsten Leuten zu sprechen, das kennen Leute von woanders nicht.

Sie plädieren für profiliertes Auftreten, das Setzen von klaren Überschriften, die den eigenen Standpunkt in der Gemeindearbeit kenntlich machen.

Ich glaube, das ist erfolgsversprechender als diese Unterschiedlichkeit auf irgendeinem Podium zu zelebrieren. Auf dem Podium verändert sich nichts, weil

ZUM INTERVIEWPARTNER

Lukas Pellio, geb. 1986, war von 2020 bis 2023 evangelischer Pfarrer in Spremberg (Brandenburg). Seit Dezember 2023 ist er Studierendenpfarrer in Cottbus. Er hat die Bündnisse „Unteilbar Südbrandenburg“ und „Schule für mehr Demokratie“ mitaufgebaut. Nach der Veröffentlichung der *Correctiv*-Recherche um ein Treffen von Rechtsextremen und AfD-Politikern in Potsdam Ende 2023 gründete er mit Mitstreiter:innen den Verein zur Förderung der Lausitzer Zivilgesellschaft „losmachen.jetzt“, der u. a. mit der Fachberatung für Betroffene von rechter Gewalt und Diskriminierung kooperiert. Zusammen mit den Lehrer:innen Laura Nickel und Max Teske, die rechtsextreme Vorfälle an einer Schule in Burg öffentlich gemacht hatten, erhielt er 2023 den „Preis für Zivilcourage – Gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus“. Mit dem Preis für Zivilcourage würdigten der Förderkreis des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ und die Jüdische Gemeinde zu Berlin „das mutige und entschlossene Engagement gegen Rechtsextremismus und die erfolgreiche Gründung des Bündnisses „Schule für mehr Demokratie““.

auf so einer Bühne die Leute in Situationen sind, in denen sie gewinnen wollen. Da überzeugt man sich nicht gegenseitig. Wenn man eine reale Erfahrung miteinander gemacht hat, dass es schön sein kann, beieinander zu sein, dann entsteht vielleicht auch das Potenzial, irgendwann bei anderen Themen aufeinander zu hören.

Sie kennen Lausitzer Kirchenarbeit im städtisch geprägten Cottbus und im eher dörflich-kleinstädtisch geprägten Spremberg. Wie prägen diese Erfahrungen Ihr Verständnis von Kirchenarbeit?

Eher ländlich geprägte Gebiete in der Lausitz sind gebeutelt vom Wegzug der Jüngeren und dem Wegfall von wichtigen Dienstleistungen. Mein Wunsch ist es, dass Kirche in diesen Gebieten mehr Präsenz zeigt. Das liegt aber nicht an den Leuten, die da sind, sondern an den Leuten, die nicht da sind. Es ist extrem schwierig, die Stellen zu besetzen, die bereits eingerichtet sind. Es tut not, die Orte mitzugestalten. Sobald man da ist, wird man angenommen, bei allem Widerspruch, den es auch gibt. In Großstädten entstehen theologische Fachdebatten darüber, wie man an die

Leute rankommt und attraktive Angebote unterbreitet, die angenommen werden. Das Problem habe ich in ländlichen Räumen nicht, weil ich ein Angebot schaffe, das es ohne mich nicht gäbe, und es einfach einen Bedarf gibt an kirchlichen Angeboten, an sozialen Angeboten in der ganzen Breite.

Kirchenarbeit im ländlichen Raum ist Kirchenarbeit in einem Umfeld, das nicht gesättigt ist, sondern wo es vielfältige Bedürfnisse und Bedarfe gibt, auf die die Kirche antworten kann. In der Lausitz erlebe ich natürlich viel Atheismus, aber der ist nicht kirchenfeindlich eingestellt. Wenn es ein Angebot gibt, dann guckt man sich das an und ist ein bisschen neugierig. Man ist erst einmal offen dafür, sich im Raum der Kirche zu treffen, auch wenn man eigentlich mit klassischen Glaubensfragen oder der Institution Kirche bisher keine Berührung hatte. Dadurch entstehen viele Möglichkeiten, neue Bündnisse zu schmieden. Atheismus und Kirchenferne behindern dies nicht.

Das Interview führte Jonas Hagedorn, Paderborn